

# v@rum

Verlagspostamt 6900 Bregenz  
Erscheinungsort Bregenz, P.b.b  
Nr. 012022139G

Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg Nr. 4/2001



## Gesellschaft im Umbruch

Herausforderungen an  
die Sozialpolitik



Kinderhaus Altach: Eine kluge Antwort auf die Problemfelder rund um die Familie

# Vom Altersheim zum Kinderhaus

Das zukunftsweisende Projekt „Kinderhaus Altach“ ist eines der Beispiele wie eine Vorarlberger Gemeinde auf die veränderte gesellschaftliche Situation rund um die Familie antwortet.

Dort wo einst betagte AltacherInnen eine Heimat fanden, werden bald Kinder für frischen Wind sorgen. Die Rede ist von einem breit gefächerten Angebot in einem Haus für Kinder, maßgeschneidert für die verschiedensten Bedürfnisse heutiger Familien. Vernetzung von Bestehendem und Neuem, alles unter einem Dach: Zeitlich flexible Kinderbetreuung für Eineinhalb- bis Zehnjährige und Anlaufstelle zu allen Themen, die mit Kindern und Familie zu tun haben.

Neuer Aspekt ist vor allem die Vielfalt des Angebots und der Betreuung. Eltern in unterschiedlichsten Lebenssituationen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen und Arbeitszeiten können dem Kinderhaus Altach ihre Kinder nach ihren zeitlichen Bedürfnissen im Zeitrahmen von 7:00 Uhr bis 18:00 Uhr anvertrauen. Bis zur Fertigstellung des Kinderhauses (voraussichtlich im Jänner 2002) wurden die Öffnungszeiten in der Übergangsphase im Herbst von 7:30 bis 12:30 und 13:30 bis 17:30 festgelegt. Zum anderen soll das Haus auch eine Anlaufstelle für Familienfragen werden, ein Ort für Begegnung und Erfahrungsaustausch, in einer Zeit in der immer weniger Kinder mit Geschwistern aufwachsen und Eltern mit Beruf und Familie oft überfordert sind. Bis auf vier Wochen im Sommer und eine Woche zu Weihnachten soll das Kinderhaus ganzjährig geöffnet sein.

Ob Berufstätige oder Hausfrauen bzw. Hausmänner – sie sollen mit gutem Gewissen ihre Kinder von eineinhalb bis zehn Jahren in dieses Haus bringen. In Elternversammlungen, Elternbeirat und Elterngesprächen können sie mitbestimmen und sind zur Mitgestaltung

aufgefordert. Hier wird es auch Informationen über Hilfsangebote geben, etwa wenn ein Kind spezieller Hilfe bedarf, psychologischer Begleitung benötigt, Fachärzte oder logopädische Hilfe vermittelt werden sollen. Ferner sind vorgesehen: Weiterbildungsveranstaltungen und Erfahrungsaustausch für Eltern zu Themen „rund um das Kind“.

Das Kindeswohl ist oberstes Anliegen. Die Kontinuität der betreuenden Personen und altersdurchmischte Gruppen erscheinen wichtig. Ein tagesbetreutes Kind sollte maximal drei Bezugspersonen, ein Spielgruppenkind maximal zwei haben. Trotz großer Flexibilität in der Kinderbetreuung soll die Gruppe der Ganztageskinder stabil sein, d.h. wenn es die Nachfrage zulässt möglichst dieselbe Zusammensetzung haben. Gleichzeitig sollen die Kindergruppen offen sein und untereinander Angebote austauschen. „Diese große Betreuungsvielfalt stellt hohe Anforderungen an das Personal“, ist Bürgermeister Gottfried Brändle überzeugt.

Das Kinderhaus Altach hat im alten Altersheim einen zentral gelegenen Standort. Das Gebäude wird derzeit revitalisiert und umgebaut. Die Eröffnung ist mit Anfang des nächsten Jahres geplant. Bis dahin wird die Betreuung im „Gasser-Haus“ in reduziertem Umfang angeboten  
*Andrea Felder*



Das Kinderhaus Altach bietet nicht nur Kinderbetreuung, sondern auch vielfältige Angebote für die Bedürfnisse der Familie von heute.

## Von der Vision zur Umsetzung

Seit längerem beschäftigt sich die Gemeinde Altach mit einer neuen Form der Kinderbetreuung. Die Bevölkerung hat einen deutlichen Auftrag für die Verwirklichung einer umfassenden Kinderbetreuung gegeben. Im Zusammenwirken mit vielen Personen aus dem sozialen Dienstleistungsangebot und der Gemeinde entstand das Rohkonzept für ein „Kinderhaus Altach“. Nachdem der Wunsch nach einer stärkeren Einbindung von VertreterInnen aller politischen Parteien geäußert wurde, bildete sich eine Projektgruppe. Diese entwickelte bis Ende 2000 unter der Leitung eines Unternehmensberaters ein gründliches Konzept. In anderen Gemeinden wurden Informationen über die Organisation von Ganztagesbetreuungseinrichtungen erhoben. Eine Bedarfserhebung in Altach gab einen repräsentativen Querschnitt über die Meinungen in der Bevölkerung zu diesem Projekt. Von den ausgesendeten Fragebögen kamen 28,4 Prozent zurück. Davon hielten fast drei Viertel der Befragten die Idee eines Kinderhauses für „gut“, 17 Prozent antworteten mit „teils teils“, 12 Prozent nahmen eine ablehnende Haltung ein. Zahlreiche Anregungen und Wünsche gaben dabei der Gemeinde zusätzliche wertvolle Informationen zur Umsetzung der Vision. Das Projekt wird von einem einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung getragen.

Das Kinderhaus wird in die bestehenden Sozialzentrum Altach Gemeinnützige GmbH integriert und von dieser Einrichtung geführt. Dies gewährleistet transparente Betriebsführung nach privatwirtschaftlichen Kriterien. Die Gemeinde als Abgangsträger rechnet in der Startphase mit einem jährlichen Abgang von 1,5 Mill. ATS. Die Investitionskosten betragen 15 Mill. ATS, von Land und Bund zu etwa 50 Prozent gefördert. Die Tarife für die Kinderbetreuung richten sich nach dem Alter der Kinder und der Anzahl der Betreuungsstunden. Je nach Haushaltseinkommen ist eine Förderung der Gemeinde möglich.

## Gemeinwesenarbeit aus der Praxis

Die Gemeinwesenarbeit (GWA) bietet den Gemeinden methodische Unterstützung bei der Entwicklung des Gemeinwesens. Sie ist ein Spezialgebiet der professionellen Sozialarbeit. Ziel ist es, die Menschen zu unterstützen bzw. zu befähigen, dass sie unter Einsatz der eigenen Kompetenzen und Potentiale die Aufgaben und Schwierigkeiten, die ihr soziales Umfeld an sie stellt, erfolgreich bewältigen können (Hilfe zur Selbsthilfe). Oberstes Prinzip der GWA ist die Prävention. Durch frühzeitiges Erkennen sozialer Probleme und durch rechtzeitige Intervention können soziale Entwicklungen im Gemeinwesen nachhaltig positiv beeinflusst werden.

### Beispiele der GWA: Siedlungsarbeit:

Ein rascher, starker Zuzug in ein bestehendes Wohngebiet kann problematisch verlaufen. Es stellt sich die Aufgabe der Integration der neu Zugezogenen in ein bestehendes soziales System. Hier versucht die GWA Gemeinschaftsprozesse anzuregen, gemeinsam mit den BewohnerInnen positive Konfliktbewältigungsmuster zu entwickeln und soziale Netzwerke zu bilden (solidarische Nachbarschaft). Wichtige soziale Kompetenzen wie Solidarität, Mitverantwortung und Eigenverantwortung sowie Eigeninitiative werden im Prozess gefördert und gestärkt.

Auch bestehende Bewohnersysteme können mit der Zeit problematische Veränderungen durchlaufen (Ghettoisierung, Stigmatisierung), die durch den Einsatz von professioneller Gemeinwesenarbeit wieder verbessert werden können.

### Integration von Immigranten:

Die Integration von Immigranten ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Hier gilt es, mit den Betroffenen in Kontakt zu treten, Vertrauen aufzubauen und Integrationshilfen anzubieten. Besonderes Augenmerk schenkt hier die Gemeinwesenarbeit dem Spracherwerb. Die Sprache ist Voraussetzung für eine gute Integration.

### Ehrenamtliches Engagement:

In Rankweil wird zur Zeit mit Unterstützung des Vereins für Gemeinwesenarbeit MITANAND eine „Drehscheibe für Jung und Alt“ installiert. Die Zielgruppe sind Frauen und Männer nach der Berufstätigkeit, die als Freiwillige ihre Kompetenzen einbringen können.  
*Christiana Beer, Diplomsozialarbeiterin, Gemeinwesenarbeiterin im Verein für Gemeinwesenarbeit „Mitand“.*

## Sozialpolitik:

# Wo sollen die Gemeinden ansetzen?

Soziale Systeme sind aufgrund der heutigen gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen hohen Anforderungen ausgesetzt. Welche vordringlichen Aufgaben – abseits der gesetzlich vorgesehenen – hat in Anbetracht dieser Tatsache die Sozialpolitik in den Gemeinden?



Bernhard Amann, Stadtrat von Hohenems

### Heimatlose kommunale Sozialpolitik

Der geradezu beängstigende Befund ist: Es gibt keine kommunale Vorarlberger Sozialpolitik. Das was als solche gesehen wird, sind allenfalls Bruchstücke aus verschiedenen kommunalen Politikbereichen.

### Nichtsozialpolitik

Diese Nichtsozialpolitik ist nicht neu, sie erhält aber im Augenblick mit der rigorosen Sparpolitik auf dem Rücken der Kommunen, der Ausgliederungsmanie im Zusammenhang mit den Maastrichtkriterien und der oktopusartigen Zentralisierungstendenz im Krankenhauswesen, der Antisubsidaritätsbewegung im Vorarlberger Landhaus endgültig das Grabkreuz. Sozialpolitik wird fast immer als Unterstützung minderbemittelter oder unterprivilegierter Gruppen verstanden. Sozialpolitik muss sich aber geradezu am Gegenteil messen lassen, indem sie minderbemittelte, unterprivilegierte, schlecht integrierte Gruppen nicht zulässt, die Ursachen ihrer Entstehung hemmt, die gefährdeten Personengruppen fördert, Gefahrenstellen begründet. Lässt man sich auf diese Vision ein, so entsteht ein ganzlich anderes Bild von den Zielen kommunaler Politik, führt dies zu einem Paradigmenwechsel.

### Fragen über Fragen

Eine solche Politik würde sich u.a. fragen, warum gibt es Schulversagen und was können wir dagegen tun? Welche Gruppen können nicht nur schwerlich ihren Lebensunterhalt tragen sondern können sich auch kein Buch, keine CD, keine Kulturveranstaltung, kein Musikinstrument leisten und wie können wir ihnen doch den Zugang dazu ermöglichen? Die Integration ausländischer ArbeitnehmerInnen würde als Chance verstanden: Man würde fragen, was muss getan werden, damit ihr muttersprachliches Können, ihre Mehrsprachigkeit erhalten bleibt? Wer hat – welche Familien – haben keinen Zugang zu PC und Internet und wie kann ein solcher geschaffen werden? Welche Möglichkeiten hat die stetig wachsende Gruppe an Senioren außerhalb von Seniorenball und Altersheim? Selbstverständlich würde man in den kommunalen Zentren, mit ihrem geringen Mobilitätsdruck und der hohen Infrastruktur dem sozialen Wohnbau eine Chance geben statt ihn auf die grüne Wiese zu verbannen. Eine nicht bezahlte Kindergartengebühr würde nicht Mahnung und Exekution bedeuten, sondern das Hinterfragen, was ist in dieser Familie los? Eine nicht rechtzeitig bezahlte Gemeindeabgabe eines Gewerbetreibenden würde nicht Strafgebühr bedeuten sondern die Nachfrage nach allfälligen Problemen und Problemlösungen.

### Heimat

Eine solche kommunale Sozialpolitik wäre Teil einer entwickelten Selbstverwaltung, eine lokale Solidargemeinschaft und weit weg von der jetzt praktizierten Selbstvollziehung der Interessen übergeordneter Politikinstanzen durch die Gemeinden. Lokale Nähe wäre nicht Vehikel sozialer Kontrolle, wäre nicht missbrauch als Kampfinstrument des Stereotyps von der „sozialen Hängematte“, sondern gäbe den Gemeindebürgern in einer mehr und mehr globalisierten Welt das Gefühl daheim zu sein, also Heimat.

Bernhard Amann, Stadtrat von Hohenems, Bundesvorsitzender der ARGE Österreichischer Jugendzentren, Obmann der Drogenberatungsstelle Ex & Hopp in Dornbirn.



Elisabeth Lugmayr, ehemalige Bregenzer Stadträtin

### Eigenverantwortlichkeit stärken

Die Gemeinden knüpfen die unterste Ebene des sozialen Netzes, folglich sind sie direkt von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Die Zunahme der Alleinerzieherinnen und Single-Haushalte ist von einem starken Anstieg der Geschiedenen begleitet. Die Anzahl der kinderlosen Familien bzw. Lebensge-

meinschaften stieg in den letzten Jahren wesentlich stärker als jene mit Kindern. Teilzeitbeschäftigungen haben in den letzten Jahren stark zugenommen.

Das Einkommen der Frauen liegt um mehr als ein Drittel unter dem der Männer und die Haushaltseinkommen der Familien ohne Kinder liegen signifikant über jenen der Haushalte mit Kindern.

Es zeigt sich, dass vor allem Frauen, jüngere und ältere Personen immer mehr an den Rand des Arbeitsmarktes und damit an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Diese Gruppierungen sind auf Grund ihrer Einkommenssituation besonders (potentiell) von Armut betroffen. Die Altersgruppe der über 60-Jährigen wird auf Grund der höheren Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen.

Vorarlbergs Städte bieten im Sozial- und Gesundheitsbereich neben den gesetzlich verankerten Unterstützungen verschiedenster Art auch ein weites Feld an Hilfestellungen an. Vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Gemeinden bei steigendem Bedarf und Nachfrage von sozialen Leistungen ist eine kritische Analyse und das Entwickeln von Handlungsalternativen notwendig.

### Ansatzpunkte:

- Verbesserte Koordination und Kooperation sozialer Leistungen zur gesicherten Bedarfsdeckung.
- Einführung von Sozial- und Gesundheitssprengeln
- Forcieren der Sozialplanung
- Ein verstärktes Mitsprache- und Kontrollrecht der Gemeinden in jenen Bereichen, in denen sie für die (Teil-) Finanzierung verantwortlich sind.
- Längerfristige Vertragsvereinbarungen zwischen Land und Gemeinden bzw. Leistungsanbietern.
- Die Erhöhung der Treffsicherheit sozialer Leistungen. Dazu ist zunächst eine Überprüfung der Treffsicherheit und der Zufriedenheit der LeistungsempfängerInnen mit den bestehenden Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe, insbesondere auch des Pflegegeldes, notwendig.

Ergänzend dazu soll das Kostenbewusstsein und die Kostentransparenz sozialer Leistungen bei den LeistungsempfängerInnen sichtbar gemacht und erhöht werden. Ziel muss es sein, die Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen vermehrt zu stärken (Hilfe zur Selbsthilfe) und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft ein hohes Maß an Lebensqualität und sozialer Sicherheit erreicht wird.

Elisabeth Lugmayr, ehemalige Stadträtin für Soziales und Familie in Bregenz



ZUR SACHE

**S**ie beginnt wieder zu bröckeln – eine der größten Errungenschaften unserer westlichen, christlich-liberalen Demokratie – die Solidarität der Allgemeinheit mit den sozial Schwachen. Zuvor hat Jahrtausende lang meist nur die sozial- und stammesgeschichtliche Herkunft über das Ausmaß der Teilhabe an den Gütern dieser Welt entschieden. Reichtum, Bildung, Macht und Sicherheit war dadurch festgelegt, in welche Familie hinein der Mensch geboren wurde.

Was wir in unserer individualisierten Welt daher in Zukunft wieder neu benötigen, sind Konzepte, die Menschen verbinden, Gemeinschaften initiieren und wachsen lassen. Wir benötigen mehr spielerisches Erleben von (Einzel-)Kindern untereinander, gestaltendes Vernetzen von (Klein-)Familien miteinander, von Nachbarschaften zueinander, von Vereinen für ihre Interessensgruppen, von SchülerInnen und Lehrpersonen, von Schule und Wirtschaft, von in- und ausländischen Mitmenschen, von Alt und Jung, von Kunst und Kultur, von Dorf- und Straßenfesten in den Gemeinden, usw. usw.

Wir sollten, bei aller Wertschätzung des individuellen Strebens nach Entwicklung, bei allen Investitionen der Öffentlichen Hand verstärkt den gemeinschaftlichen Nutzens als Messlatte für die Vergabe von Mitteln nehmen. Im Gesundheitswesen und der Ökologie ist in wenigen Jahren viel Bewusstsein für Vorsorge und Nachhaltigkeit gewachsen. Sozialpolitik darf also nicht nur als Trostpflaster für die Benachteiligten erhalten. Sie muss verstärkt Zentrum der Gesellschaftspolitik werden.

In der Sozialpolitik – allen voran im Vorarlberger Sozialfonds – gilt es also dementsprechend, den Aspekten der Nachhaltigkeit durch eine kraftvolle Gesellschaftspolitik zu begegnen, die ihrem Namen nur dann Ehre macht, wenn sie tatsächlich „Gesellschaft“ bildet und dadurch ein erweitertes Gefühl der Beheimatung für die einzelnen Mitglieder entwickeln hilft. Sich mit dieser Welt im Besten Sinne zu verbinden, sich dieser Gesellschaft und Gemeinschaft zugehörig fühlen, gelingt vielleicht am ehesten, wenn bereits Kinder- auch außerhalb der oft nicht nur idyllischen Kleinfamilie – vielfältige Bezugsnetze erfahren dürfen, durch die sie sich in unsere Gemeinschaft hinein getragen fühlen. Überhaupt könnten wir Erwachsene viel von Kindern lernen. Sie zeigen uns in ursprünglicher Weise, was sie wirklich brauchen um sich wohl zu fühlen. Das in unserer Gesellschaft überbetonte – erwachsene – Streben nach materiellen und geistigen Gütern benötigt daher eine Erweiterung um sozialen und seelisch/ emotionalen Reichtum. Nur durch diese erweiterte Sinngabe wird umfassende Lebensqualität in allen Dimensionen möglich.

**Reichtum durch Vielfalt**  
Dabei dürfen wir niemandem politische, religiöse oder kulturelle Überzeugungen aufzwingen. In unserer liberalen Welt werden wir nie mehr ein geschlossenes, homogenes Gemeinwesen entwickeln können. Das ist auch gut so. Zu viel wurde in vergangenen Generationen unter dem Deckmantel verschiedener Ideologien und Heilslehren aufgezwungen. Wir werden mit Widersprüchen, unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen, vielfältigen Familienbildern und Traditionen leben müssen. Gerade das aber kann uns reich machen. Wenn wir den Dialog, den Austausch der Gedanken, die unterschiedlichen Handlungsansätze fördern, wenn wir den Diskurs und die Vielfalt der Lösungsansätze unter dem Aspekt der Humanität kultivieren, werden wir dies als Wunschzustand und Bereicherung einer freien Gemeinschaft begrüßen. Sozialpolitik wird dann nicht nur die immer notwendig bleibende Einzelfallhilfe sichern, sondern verstärkt zu einem Motor des sozialen Wohlbefindens und damit zur zentralen Drehscheibe des Dialoges über unser aller Lebensqualität werden.

*Dr. Christoph Hackspiel, Psychologe, Psychotherapeut, Geschäftsführer des Vorarlberger Kinderdorfes*



**D**ie Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in Vorarlberg, wie in ganz Europa, in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Angesichts dieser demographischen Entwicklung stellt die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes an Pflege- und Betreuungseinrichtungen für die Gemeinden und das Land Vorarlberg eine große Herausforderung dar. Im Rahmen des Projektes „Pflegesicherung“ beauftragte LR Dr. Greti Schmid den Feldkircher Mag. Christoph Jochum mit der Analyse und Prognose des Bedarfes an notwendigen Heimplätzen in den einzelnen Regionen Vorarlbergs. Die Ergebnisse dieser Studie sollen helfen, die Größenordnungen notwendiger Investitionen einzuschätzen, sowie diese nach regionaler Dringlichkeit zu priorisieren.

Die kürzlich präsentierte Studie baut dabei auf sechs lokalen Bedarfsuntersuchungen in städtischen und ländlichen Regionen Vorarlbergs auf. Aus den Ergebnissen wurden Richtwerte für den Bedarf an Langzeit- und Kurzzeitpflegeplätzen entwickelt, die in der Folge auf alle Vorarlberger Gemeinden angewandt wurden. Für die Prognose der Bedarfsentwicklung wurden 17 Planungsregionen gebildet, für die nun konkrete Bedarfszahlen vorliegen.



Fotos aus der Broschüre Sozialzentrum Kleinwalsertal. Diese kann unter folgender Adresse angefordert werden: Sozialzentrum Kleinwalsertal, Eggstr. 4, A-6991 Riezlern, T 0043(0)5517/5580-0, E-Mail: sozialzentrum.kl.walsertal@aon.at www.kleinwalsertal.at



SOZIAL-ZENTREN

## Regionaler Bedarfs- und Entwicklungsplan bis 2020 Zukunft der Pflegeheime in Vorarlberg

Für das Jahr 2000 weist die Studie in Vorarlberg einen Bedarf von 1.613 Pflegeheimplätzen für die Langzeit- und Kurzzeitpflege aus. Angesichts eines Bestandes von 2.035 Heimplätzen will der Studienautor trotzdem nicht von einer Überversorgung sprechen: „Derzeit leben ca. 360-370 Menschen in Vorarlberger Heimen, die heute im Hinblick auf die bessere Wohnungsverorgung und das stark ausgebaute Feld der Dienste zur Stützung der Pflege zu Hause, insbesondere der Mobilen Hilfsdienste, der Hauskrankenpflege, der Kurzzeitpflege usw. nicht mehr in die stationäre Vollversorgung aufgenommen, sondern ambulant betreuen würden. Sie sind klassische WohnheimbewohnerInnen, deren Plätze derzeit noch zusätzlich zu berücksichtigen sind.“ Zudem werden manche der offiziell bestehenden 2.035 Plätze nicht belegt, etwa in Zweibettzimmern.

Die Bedarfsprognose geht von einer moderaten Entwicklung bis zum Jahr 2004/5 aus. Dann wird der Bedarf kräftig anziehen: „Im Jahr 2010 werden wir zwischen 2.100 und 2.300 Pflegeheimplätze in Vorarlberg brauchen. Dabei wird die Bedarfsentwicklung in den einzelnen Regionen Vorarlbergs aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung sehr unterschiedlich ausfallen“, so Jochum.

Aussagekräftig fällt der Vergleich der einzelnen Vorarlberger Regionen bezüglich der Versorgung mit Heimplätzen aus (siehe fact box): Während in der Region Bludenz, im Klostertal sowie in der Region Oberer Walgau/Großes Walsertal derzeit etwa 75 Heimplätze fehlen, zeigt die

Studie in anderen Regionen einen Bestand auf, der deutlich über dem errechneten Bedarf liegt. Doch hier verweist Jochum darauf, dass die Studie lokale Besonderheiten nicht berücksichtigt: „Wenn in einer Region der soziale Mietwohnungsbau praktisch fehlt oder ein Heim überregionale Bedeutung hat, dann wird das Angebot an Heimplätzen natürlich etwas größer sein müssen.“ Die Studie verstehe sich daher als Rahmenplanung, die vor Ort interpretiert und angepasst werden muss.

Auf der Grundlage der sozialpolitischen Zielsetzungen, die Pflege zu Hause zu unterstützen und pflegebedürftige Menschen solange wie möglich in ihrem bisherigen Umfeld zu versorgen („ambulant vor stationär“), für den zunehmenden Bedarf an notwendiger stationärer Pflege aber ein ausreichendes Angebot zeitgemäßer Pflegeheime wohnortnahe sicherzustellen, formuliert Mag. Jochum in der Studie zusammenfassend folgende Hauptaussagen:

- Die derzeitige Versorgung mit Heimplätzen ist in Vorarlberg generell ausreichend. Trotzdem benötigen einige Regionen im Oberland kurzfristig zusätzliche Kapazitäten.
- Der Bedarf an Pflegeheimplätzen wird in Vorarlberg in den nächsten 10 Jahren durchschnittlich um ca. 37 % wachsen. Der Bedarf wird jedoch regional sehr unterschiedlich zunehmen.
- Es werden erhebliche Investitionen notwendig sein, wenn der derzeitige Standard gehalten werden soll. Es geht dabei nicht nur um die Schaffung von Kapazitäten für den

- zusätzlichen Bedarf, sondern auch um den notwendigen Ersatz bzw. die Adaption alter Heimplätze.
- Rüstige Personen werden heute bei Bedarf statt in Wohnheimen in ambulant betreuten Mietwohnungen untergebracht und durch mobile Dienste unterstützt.
- Die zukünftige Aufgabe von Heimen muss im Kontext des gesamten Netzes an sozial-pflegerischen Diensten definiert werden (Stichwort: Sozialzentrum).
- Hoher Stellenwert kommt dem weiteren Ausbau der ambulanten und mobilen Dienste sowie des Angebotes an Kurzzeitpflege, Urlaubspflege, Tagespflege usw., besonders in Gemeinden und Regionen mit unterdurchschnittlichem Ausbaustand, und deren Vernetzung zu.
- Da das Bedarfswachstum den stationären und den ambulanten Bereich gleichermaßen trifft, sind frühzeitig Maßnahmen zu setzen, um einem möglichen Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal vorzubeugen.

Mag. Christoph Jochum

Region	Bedarf Pflegeheimplätze	Angebot Heimplätze	+/-
<b>Vorarlberg gesamt</b>	<b>1.613</b>	<b>2.035</b>	<b>422</b>
Bregenzwald	118	252	134
Laiblachtal	70	180	110
Hard/Rheindelta	104	151	47
Montafon	74	118	44
Bregenz	192	225	33
Hohenems	61	84	23
Hofsteig	93	115	22
Lustenau	95	114	19
Feldkirch	150	164	14
Dornbirn	195	206	11
Rankweil/Vorderland	85	95	10
Unterer Walgau	62	72	10
Kummenberg	91	101	10
Kleines Walsertal	24	32	8
<b>Ob. Walgau/Walsertal</b>	<b>53</b>	<b>36</b>	<b>-17</b>
Klostertal/Arberg	21	0	-21
Region Bludenz	125	90	-35

FACT BOX

# Europäischer Universitätslehrgang

für Regionalentwicklung (EUR-MAS)

Der EUR-MAS ist ein zweijähriges berufsbegleitendes Weiterbildungsangebot zur Professionalisierung von Regionalentwicklung. Der interdisziplinäre Universitätslehrgang hat das Ziel, neben der Vermittlung von aktuellem Fachwissen, Sozialkompetenz und Fähigkeiten zu professionellem Projektmanagement aufzubauen.

Angesprochen sind Personen, die in der Regionalentwicklung tätig sind und eine Zusatzqualifizierung mit international anerkanntem, akademischem Abschluss anstreben. Der EUR-MAS wird europaweit angeboten, die Sprachen im Lehrgang sind Englisch und Deutsch.

Der EUR-MAS besteht aus Modulen (Fachseminare und Exkursionen) und Plenareinheiten, die jeweils eine Woche umfassen; insgesamt sind in vier Semestern 44 Semesterwochenstunden, d.h. 66 Tage zu absolvieren. Die akademische Anrechnung mit ECTS-Punkten ist möglich.

Die Veranstaltungen des Lehrgangs werden in Wien und Umgebung, aber auch in anderen europäischen Städten, etwa Aberdeen Bremen, Brüssel, Kassel stattfinden.

**Teilnahmegebühr** € 11.000,-  
**Dauer des Lehrgangs** Herbst 2002 bis Sommer 2004  
**Anmeldeschluss** 29. März 2002  
**Information** Gerhard Strohmeyer  
FF-Regionalentwicklung

Schottenfeldgasse 29/5  
1070 Wien  
+43/1/522 4000-301, -309  
F +43/1/522 4000-377  
gerhard.strohmeyer@univie.ac.at

## Neues Seminarprogramm des Fonds Gesundes Österreich

Seit 1999 bietet der Fonds Gesundes Österreich in Vorarlberg die Seminarreihe „Gesundheitsförderung Bildungsnetzwerk“ an.

Der Fonds „Gesundes Österreich“ (FGO) ist eine österreichweite Institution für Gesundheitsförderung. Nach dem Motto „Vorhandenes verstärken und Neues bewirken“ sollen die Aktivitäten des Fonds zum Ausbau erfolgreicher Projekte und zum Entstehen neuer Initiativen und Impulse im Bereich der Gesundheitsförderung beitragen. Die Seminare des Bildungsnetzwerkes Okt. 2001–Feb. 2002 wenden sich an PraktikerInnen der Gesundheitsförderung, die spezifische Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten sollen. Die Seminare werden von professionellen ReferentInnen und TrainerInnen gestaltet, die eine hohe Qualität des Programms gewährleisten. Der Seminarort am Biobauernhof Vetterhof in Lustenau steht für den Gedanken der Gesundheitsförderung, der hinter dem Programm steht. Wenn Sie sich für die Seminarreihe interessieren wenden Sie sich an die regionale Koordination des Bildungsnetzwerks für Vorarlberg: SUPRO-Werkstatt für Suchtprophylaxe, Moosmahnstraße 4, 6850 Dornbirn, Tel. 05572/55155, supro@supro.at

Inserat SUPRO – bei Teutsch einbauen!

138 x 87 mm

### Gemeindeakademie Schloss Hofen

**Dienstag, 16. und 23. Oktober 2001, jeweils 9:00–17:00 Uhr**  
**Projektmanagement in Gemeinden**  
Referent: Prof. Dr. Jürgen Polke, Hochschullehrer für Entrepreneurship und Projektmanagement an der Fachhochschule Vorarlberg, Wissenschaftlicher Leiter des Studienganges „Internationale Unternehmensführung“; Stefan Hagen, Absolvent des Studienganges „Betriebliches Prozess- und Projektmanagement“ an der Fachhochschule Vorarlberg, selbständiger PM-Berater und -Trainer  
Seminarbeitrag: ATS 1.600,- (EURO 116,28)  
Anmeldeschluss: 9. Oktober 2001  
Ort: Schloss Hofen, Lochau

**22./23./24./25. Oktober 2001, jeweils 14:00–17:00 Uhr**  
**Das neue Baugesetz – Seminar für Gemeindefachkräfte**  
Zielgruppe: Bürgermeister, Gemeindefachkräfte und MitarbeiterInnen in Gemeinden, die mit dem Baurecht befasst sind.

Referent: Dr. Franz Hämmerle, Vorstand der Abteilung Raumplanung im Amt der Landesregierung; Dr. Matthias Germann, Abteilung Gesetzgebung im Amt der Landesregierung  
Termin/Ort: Montag, 22. Oktober 2001: Schloss Hofen, Lochau  
Dienstag, 23. Oktober 2001: Gemeindehaus Nüziders  
Mittwoch, 24. Oktober 2001: Franz-Josef-Ender-Saal, Mäder

Donnerstag, 25. Oktober 2001: Rettungshaus Egg  
**Achtung:** Die Termine gelten vorbehaltlich der Beschlussfassung eines neuen Baugesetzes durch den Vorarlberger Landtag in seiner Sitzung am 10. Oktober  
Das Seminar ist für MitarbeiterInnen aus Gemeinden kostenfrei!

**Montag, 5. November 2001, 8:30–16:00 Uhr**  
**Steuern des Gemeindebudgets mit Kennzahlen**  
Referent: Mag. Alexander Malmir (KDZ)  
Seminarbeitrag: ATS 2190,- (EURO 159,15)  
Bitte Rechnungsabschluss und Voranschlag mitbringen!  
Anmeldeschluss: 29. Oktober 2001  
Ort: Schloss Hofen, Lochau

IMPRESSUM: Herausgeber und Medieninhaber: Amt der Vorarlberger Landesregierung, 6900 Bregenz, <http://www.vorarlberg.at/gemeindeentwicklung>  
Auflage: 4500 für den Inhalt verantwortliche: Dr. Franz Hämmerle, Abteilung Raumplanung und Baurecht, 6900 Bregenz, Vorum informiert über Angelegenheiten der Gemeindeentwicklung in Vorarlberg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Projektleitung: Brigitte Bilschnau-Caral, Redaktionsleitung: Andrea Felder, Wolksteingasse 81, 6900 Bregenz, eMail: kelders@caral.at, Redaktionsassistentin: Brigitte Bilschnau-Caral, Andrea Felder, Dr. Franz Hämmerle, Christoph Türtscher, eMail: christoph.tuertscher@vlg.at  
Gestaltung: Bertolini LDT Gower, Sozialzentrum Kleinwalsertal, Druck: Teutsch, Bregenz. Vorum ist auf chlorfrei gebleichtem Recycling-Papier gedruckt.

**Montag, 5. November 2001, 19:00–22:00 Uhr**  
**Dialog trägt Früchte: Jugendbeteiligung in Gemeinden**  
Programm: Impulsreferat von Mag. Peter Egg, Arbeit in Workshopgruppen, Erfahrungsaustausch, Diskussion  
Referent: Mag. Peter Egg, Verein „Junge Menschen denken, reden und gestalten mit“, Innsbruck  
Mag. Eva Garmusch, „Jugendinitiativ“, Götzis  
Seminarbeitrag: ATS 100,-  
Anmeldeschluss: 29. Oktober 2001  
Ort: Schloss Hofen, Lochau

**Donnerstag, 8. November 2001, 19:00–21:30 Uhr**  
**Räumliche Entwicklungskonzepte**  
Referent: LR Manfred Rein, Dr. Franz Hämmerle, Vorstand der Abteilung Raumplanung  
Referent aus Bregenz, Rankell und Thüringen  
Seminarbeitrag: ATS 200,- (EURO 14,54)  
Anmeldeschluss: 1. November 2001  
Ort: Schloss Hofen, Lochau

**Montag, 19. und Dienstag, 20. November 2001, jeweils 9:00–17:00 Uhr**  
**Vom Umgang mit aggressiven Amtskunden**  
Referent: Karl Moosbrugger, Landesgendarmeriekommando, war viele Jahre Schulungsleiter an der Gendarmerieschule in Gisingen  
Seminarbeitrag: ATS 2.450,- (EURO 178,05)  
Anmeldeschluss: 12. November 2001  
Ort: Schloss Hofen, Lochau

**Donnerstag 22. und 27. November 2001, jeweils 19:00–21:30 Uhr**  
**Gemeinde-Voranschlag, Stabilitätspakt**

**Mittwoch, 28. November 2001, 9:00–17:00 Uhr**  
**Sekretariat und Front-Office: AufbauSeminar**

**Montag, 3. Dezember 2001, 14:00–17:00 Uhr**  
**Fotoarchivierung in der Gemeinde**

**Information und Anmeldung:**  
**SCHLOSS HOFEN – Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung**  
Hofenstraße 26, 6911 Lochau  
Tel. 05574/4930-132 (Frau Deutsch und Frau Böheim)  
Fax 05574/4930-144  
Email: [info@schlosshofen.at](mailto:info@schlosshofen.at)  
Internet: <http://www.schlosshofen.at>

### Sonstige Termine

**13. November 2001, ab 10:00 Uhr**  
**Symposium für Gesundheitsförderung und Prävention**  
Internationale Plattform für PolitikerInnen, Fachleute und interessierte Laien.  
Veranstalter: Internationale Bondenseekonferenz  
Die Teilnahme ist kostenlos.  
Anmeldeschluss: 31. Oktober 2001 an: Tagungsbüro Institut für Sozialdienste, Schedlerstraße 10, 6900 Bregenz, Fax 05574/45187-21, email: [ifs@ifs.at](mailto:ifs@ifs.at)

**16.–18. November 2001**  
**Teddy – 1. Fachmesse für Kinderbetreuung**  
Dornbirner Messe, Tel. 05572/305-0, Fax 305-311  
email: [service@dornbirnermesse.at](mailto:service@dornbirnermesse.at)  
Internet: <http://www.dornbirnermesse.at>

**Gratis-Abonnement für VORUM**  
Gilt nur für Neu-InteressentInnen

Ich bestelle **VORUM** im Abonnement **5 Ausgaben pro Jahr**

pro aktueller Ausgabe \_\_\_\_\_ Stück

Zusendung an folgende Adresse:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Bitte frankieren

Abteilung  
Raumplanung und Baurecht  
Landhaus Bregenz  
Römerstr. 15  
6900 Bregenz

## Die Welt vor Ort positiv verändern BürgerInnen helfen sich selbst

Durch Initiativen, die Kreise ziehen, die Welt vor Ort ein kleines Stück positiv verändern – das ist das Ziel des Projekts „Familiengerechte Gemeinde“. Frauen und Männer, denen die Lebensqualität in ihrem Ort wichtig ist, bringen neue Ideen ein und versuchen diese gemeinsam umzusetzen. Bereits 34 Gemeinden beteiligen sich daran. Befragungen sollen helfen, Bedürfnisse und Wünsche herauszufiltern, Projekte ins Leben zu rufen und somit eine nachhaltige Familienfreundlichkeit zu sichern. So haben beispielsweise in Hohenweiler 6 engagierte Frauen und Männer aus dem Team jeden Haushalt persönlich befragt. Rund 2/3 der Bevölkerung haben sich beteiligt. „Trotz relativ hoher Zufriedenheit haben sich Defizite herauskristallisiert“, so die beiden MentorInnen Alexandra Simma und Arthur Kirchmann. So fehlt es an Aktivitäten für Jugendliche und an einem Cafe als Ort der Kommunikation für alle Altersgruppen. In den nächsten Monaten sollen Ideen zur Umsetzung entwickelt werden. Ebenfalls Befragungen gab es in Hard, Schnifis und Röns.



## Dornbirn erstellt als eine der ersten Städte Österreichs Leitbild für Integration

# Eingliedern statt Ausgrenzen

Dornbirn als größte Stadt Vorarlbergs mit über 42.000 EinwohnerInnen feiert in diesem Jahr seine 100-jährige Stadtgeschichte. Die Geschichte und das Gesicht unserer Stadt haben ZuwandererInnen wesentlich mitgeprägt. Derzeit beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung ca. 15 %.

Während die erste Generation dieser Menschen vorwiegend als ArbeitsmigrantInnen in unsere Stadt kamen, um später in ihre Heimat zurückzukehren, ist Dornbirn für die mittlerweile dritte Generation längst zum Lebensmittelpunkt geworden.

Auch haben sich die wissenschaftlichen Ansätze für eine erfolgreiche Integrationspolitik in den letzten Jahren stark verändert. Alle namhaften Einrichtungen, die sich mit dem Thema der Migration beschäftigen, haben einen Paradigmenwechsel vollzogen. Moderne Integrationspolitik versucht das durch Zuwanderung vorhandene Potential zu nutzen und auszubauen. Religiöse und kulturelle Differenzen sind in der zeitgemäßen Betrachtungsweise in den Hintergrund getreten. Ausschlaggebend für eine erfolgreiche Eingliederung der ZuwandererInnen ist vielmehr die Reduktion der eklatanten Unterschiede in Bildung und Ausbildung, und daraus folgend niedrige Einkommen und schlechtere Wohnsituationen.

Um die Folgen wie Schulprobleme, Auffälligkeiten bei Jugendlichen, hohe Kosten im Gesundheitsbereich und Arbeitslosigkeit zu kompensieren, wendet die öffentliche Hand auf verschiedenen politischen Ebenen enorme finanzielle Mittel auf (vgl. D. Thränhardt, „Kosten der Nichtintegration von MigrantInnen“).

In den nächsten Monaten werden wir unter Begleitung einer fachkompetenten Einrichtung ein Leitbild für Integration mit daraus folgenden Maßnahmen erstellen. Nach Erhebung der Daten durch eine unabhängige Stelle wird unter Mitarbeit von hier lebenden MigrantInnen ein breiter Diskurs mit der städtischen Verwaltung und der hier lebenden Bevölkerung geführt werden. Ebenso werden ExpertInnen aus dem Bereich Ausbildung, Schule, Wirtschaft und AMS uns mit ihren Erfahrungen unterstützen. Besonderes Augenmerk wird der Frage gelten welche strukturellen

Hindernisse es sind, die es der zugewanderten Bevölkerung schwer machen, sich an unsere gesellschaftlichen Systeme anzukoppeln. Unabdingbar für erfolgreiches kommunales Handeln aber ist es, in dieser Aufgabe einen breiten politischen Konsens zu finden um sie nicht zu einer parteipolitischen Debatte verkommen zu lassen.

Dornbirn dürfte somit zu den ersten Städten in Österreich gehören, die an diesen Prozess bewusst herangehen. Ziel unserer Arbeit wird es sein, von einem „Gegeneinander“ zu einem „Miteinander“ zu gelangen – zum Wohle aller!

*Dr. Sprickler-Falschlunger Gabi, Stadträtin für Interkulturelle Angelegenheiten und Schulen, Dornbirn*

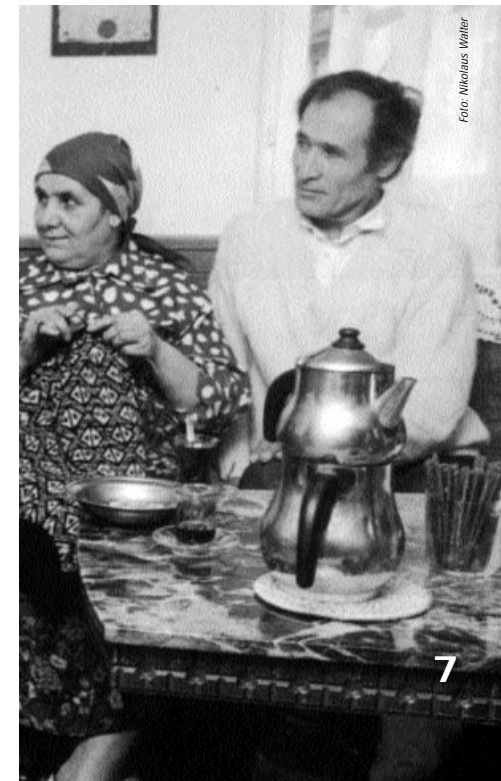


Foto: Nikolaus Wölfler

# Lebendig eingemauert

## Gated Communities verändern die Gesellschaft in Amerika

Immer mehr Amerikaner ziehen sich in sogenannte „Gated Communities“ zurück: in Wohnsiedlungen, die mit einer umgebenden Mauer gegen die Außenwelt gesichert sind und in denen möglichst keine Unregelmäßigkeit das Auge stören soll.

Gated Communities, auch „Common-interest Developments“ genannt, sind heute zu einem integralen Bestandteil der amerikanischen Gesellschaft geworden. Edward J. Blakely und Mary Gail Snyder unterscheiden in ihrem Buch „Fortress America“ drei Arten dieser Enklaven: Security Zone Communities, die keine besonderen Merkmale aufweisen außer der oftmals nachträglich erstellten Sicherheitsmauer; Lifestyl Communities, die um Golfplätze oder andere Sportanlagen errichtet werden und zum Großteil Ruhesitze gut situerter Pensionäre sind; sowie Prestige Communities, die sich durch den Wohlstand ihrer BewohnerInnen und deren luxuriöse Anwesen auszeichnen und die insbesondere Prominenten als Refugium dienen. Gemäß Schätzungen leben derzeit rund 48 Millionen AmerikanerInnen in etwa 225.000 solcher Privatgemeinden. Blakely und Snyder schreiben, etwa acht von zehn neu erschlossenen Wohngebieten in den USA seien heute umzäunt. Insbesondere in Kalifornien, Arizona und Florida ist es inzwischen schwierig geworden, neue Immobilien außerhalb solcher geschlossener Gemeinden zu finden.

### Normiert bis ins Blumenbeet

Gated Communities bieten einen vorgefertigten Lebensstil. Hinter ihren Mauern herrschen strikte Vorschriften, z.B. über Farbe von Haustüren, Höhe von Gartenzäunen und die Art der in Fensternähe zu platzierenden, also von außen sichtbaren Möbel; es gibt verbindliche Listen über anzupflanzende Blumen sowie Verbote

von Gartenschaukeln. Die Regeln reichen bis hin zu Bestimmungen, die das Höchstgewicht von Haustieren oder das Mindestalter der BewohnerInnen vorschreiben.

Die Frage, worin das „Gemeinschaftsinteresse“ der BewohnerInnen tatsächlich besteht und warum die AmerikanerInnen ein beständig steigendes Interesse zeigen, sich hinter Wälle zurückzuziehen beschäftigt zunehmend die Soziologen. Diese sagen, es handle sich dabei um Sezessionsbestrebungen, die einschneidende Auswirkungen auf die amerikanische Gesellschaft haben würden. Soziale Bindungen wie Familie, Freunde oder auch Vereine verlören zunehmend an Bedeutung, schreibt etwa Robert D. Putnam. An ihre Stelle träten Handelspartner, mit denen verbindliche Kontrakte über Lebensbedingungen geschlossen würden. Jeremy Rifkin schreibt, der gesellschaftliche Zusammenhalt auf Basis von Vertrauen und Solidarität würde zunehmend abgelöst durch Vertragsbindungen auf rein kommerzieller Ebene. Gemeinschaft sei zu einem käuflichen

Produkt geworden. Dies laufe darauf hinaus, dass die BürgerInnen ihren Einfluss an jene verlören, die als Torwächter den Eintritt zur Gesellschaft kassierten.

Tuxedo Park – das war die erste Gated Community der USA – hat eigene Gemeinderechte und kann somit von seinen rund 1000 BewohnerInnen Steuern erheben – etwa für die eigene Polizeitruppe. Diesen Status streben die meisten Gated Communities an, um größtmögliche Autonomie zu erreichen. Die „Demokratie“ innerhalb der Mauern folgt ihren eigenen Regeln: stimmberechtigt sind zumeist nicht einzelne EinwohnerInnen sondern Haushalte. Manchmal ist die Anzahl der Stimmen pro Haushalt auch an den Wert der Immobilie gekoppelt. In anderen Fällen wiederum besitzen jene, die ein Haus lediglich gemietet haben, keinerlei Votum. Um zu gewährleisten, dass der Öffentlichkeit der Zutritt zu den Gemeinden versagt bleiben kann, darf es innerhalb der Mauern keine öffentlichen Einrichtungen wie etwa staatliche Schulen geben.

Nur auf den ersten Blick paradox erscheint die Tatsache, dass die angestrebte demographische Homogenität innerhalb der Communities – Einkommen und ethnische Zugehörigkeit stellen die wichtigsten Kriterien dar – keineswegs ein Garant für einen größeren Zusammenhalt ist – ganz im Gegenteil, wie Putnam erläutert.

*Auszug aus einem Artikel der NZZ von Susanne Ostwald*

Der Zusammenstoß des Mexikaners Cándido mit Delaney Mossbachers wachsgepflegtem Auto ist ein wortwörtlicher: Cándido, auf dem Weg zur Arbeit, rennt Delaney direkt vor die Haube und wird schwer verletzt. Da die Schuldfrage sich nicht klären lässt und Cándido offenbar kein Englisch kann, drückt Delaney ihm eine 20-Dollar-Note in die Hand ... Zwei Welten, die sich fremder nicht sein konnten: hier America und Cándido, illegale Einwanderer aus Mexiko, dort das Ehepaar Mossbacher – liberale, umwelt- und ernährungsbewusste Angloamerikaner in Los Angeles. Delaney Mossbacher sieht seine geschützte Welt zunehmend bedroht von dunkelhäutigen, verdächtigen Gestalten, die überall dort herumlungern, wo er seine Wanderungen macht. Und jenseits der eleganten Villensiedlung, tief unten im Topanga Canyon, hausen Cándido und America wie die Tiere. Sie versuchen ihr Glück auf dem illegalen Sklavenmarkt – verfolgt von der Immigrantepolizei, vom Hunger, von der Verachtung der Weißen, von der Bosartigkeit der eigenen Landsleute ...

**T.C.Boyle América** Roman  
Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co.KG, ISBN 3-423-12519-5